

würde. Es erscheint deshalb fragwürdig, ob die Taktik der Nationalliberalen richtig ist, immer und immer wieder fast verweilt zu verharren, daß der Liberalismus unter allen Umständen die Reform machen müsse. Damit starrt man nur die Position der Gegner. Die Liberalen wissen es schon, wie notwendig die Reform ist, und sie werden sie beschaffen, wenn es möglich ist."

Zeugen in Wahlprüfungsachen.

Der Justizminister hat, wie uns geschrieben wird, in einem Erlass allgemein angeordnet, daß solchen Personen, die auf Befehl der Paragraphe 233 des Strafgesetzbuchs in Wahlprüfungsachen vernommen werden, Gebühren nach der Gebührenordnung für Zeugen zu zahlen sind. Veranlaßt wurde dieser Erlass dadurch, daß im Wahlkreise Marburg verschiedene Amtsgerichte die Zahlung von Gebühren ablehnten. Das Landgericht Marburg hatte diese Ablehnung bestätigt und ebenso das im Beschwerdewege angeordnete Oberlandesgericht Kassel. Durch den Erlass des Justizministers ist nun diese Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts hinwiegend geworden.

Uebergangsstufen im Eisenbahngüterverband.

Die im allgemeinen 6 Wochen betragenden, oft aber noch dahinter zurückbleibenden Uebergangsstufen für Tarifserhöhungen beim Eisenbahngüterverband haben häufig, speziell im internationalen Verkehr, zu tiefen Einbrüchen in die Verhältnisse des Handels und der Industrie sowie zu großen Schädigungen für die beteiligten Kreise geführt. Handel und Industrie haben deshalb den dringenden Wunsch, eine wesentliche Verringerung der Uebergangsstufen zu erzielen. Die Handelskammer zu Breslau hat vor kurzem diesem Wunsche in einer Eingabe an das Reichseisenbahnamt Ausdruck verliehen, und zwar hat sie um eine Verlängerung der Frist auf 6 Monate nachgesucht. Das Reichseisenbahnamt hat darauf den Bescheid erteilt, daß ein Bedürfnis zur Verlängerung der Frist im innerdeutschen Handelsverkehr, zumal diese höchstens auf 2 Monate ausgedehnt werden würde, nicht besteht; dagegen solle er wegen der Einführung einheitlicher Tarifserhöhungsstufen für den internationalen Verkehr bei der nächsten Revision des internationalen Uebereinkommens über den Eisenbahndruckverkehr angeregt werden könne. Die Breslauer Handelskammer richtete darauf an das Reichseisenbahnamt nochmals eine Eingabe, in der es heißt: "Was den innerdeutschen Verkehr anlangt, so müssen wir den Einwendungen des Reichseisenbahnamtes zustimmen und halten eine generelle Ausdehnung der Uebergangsstufen über zwei Monate hinaus nicht für erforderlich; jedoch erscheint es uns erwünscht, daß die Verwaltung im einzelnen Falle bei tief einschneidenden Tarifserhöhungen den Interessenten längere Zeit läßt, sich auf die neuen Verhältnisse einzurichten. Was jedoch den internationalen Verkehr anlangt, auf den sich unsere Bitte besonders besog, so würden wir es für außerordentlich erwünscht halten, wenn in dem internationalen Tarifvertragskommitee die Frist für Tarifserhöhungen auf sechs Monate festgesetzt würde, und wir wären dem Reichseisenbahnamt zu ganz besonderem Danke verpflichtet, wenn es eine entsprechende Verlängerung des Berliner Uebereinkommens durchsetzen wollte. Wir erlauben uns, erneut die Bitte auszusprechen, schon jetzt bei den zuständigen russischen und österreichischen Stellen dahin wirken zu lassen, daß auch schon in nächster Zeit vor Verlängerung des internationalen Uebereinkommens etwaige Erhöhungen der für den internationalen Verkehr in Betracht kommenden Tarife, besonders für Artikel, bei denen langfristige Verschäfte üblich sind, nur unter größtmöglicher Schonung der beteiligten gewerblichen Interessen und unter möglichst langer Bemessung der Uebergangsstufen in Kraft getreten werden."

Die Angelegenheit ist für den Handel von großer Bedeutung. Die Frucht spielt bei vielen Artikeln eine wichtige Rolle und nimmt einen erheblichen Anteil an dem Verkaufspreise ein. Unerwartete Preiserhöhungen durchzuführen mit der Kalkulation und können dem Handel leicht die größten Verluste zufügen. Das Bestreben, gegen derartige Uebereinkommen gestützt zu sein, ist durchaus berechtigt, und es ist deshalb zu wünschen, daß das Reichseisenbahnamt nichts unversucht läßt, um im internationalen Verkehr einheitliche, langdauernde Uebergangsstufen für Tarifserhöhungen beim Eisenbahngüterverband durchzuführen.

Die Reichsverhältnisse der Heimarbeiter.

Wie der Berliner Vertreter unserer Zeitung hört, wird gegenwärtig im Reichstag des Innern die Rolle der Gewerbeordnung, welche die Reichsverhältnisse der Heimarbeiter regelt. Die Rolle dürfte dem Bundesrat bereits in nächster Zeit zugehen. Die Rolle untersteht die Heimarbeiter der Gewerbebetriebsinspektion und stellt es den Bundesstaaten

Vornehm und deutlich zugleich protestierte Widerbruch gegen einen faulerischen Willenssatz, als ihm der Schillerpreis zum zweiten Male verweigert wurde. Der Monarch hatte Gerhard Hauptmann von der Vorschlagsliste gelöscht und den Dichter der Heinrich-Tragödien mit dem doppelten Preise bedacht. Widerbruch nahm jedoch öffentlich Partei für seinen Rivalen, indem er die ursprünglich für Hauptmann bestimmte Hälfte des Preises der Schiller-Stiftung überließ.

Schon früher war es wiederholte Male zu Spannungen zwischen dem Berliner Hofe, der Hofbühne und Widerbruch gekommen. Die nächste Ablehnung seines "König Laurin" vom Repertorium, sein kenafisches Wortes beim Tode Bismarcks, sein Artikel gegen die Wiederaufbau des Heibelberger Odeons, die Heinrich-Tragödien, dessen Bestätigung der Kaiser wünschte, und sein Verlangen, dessen Abbruch des Berliner Opernhauses erzeugten Unwillen an maßgebenden Stellen, und so kam es auch, daß der Kaiser zu Widerbruchs schlagigen Geburtstag nur mit kalten Höflichkeitworten gratulierte. Erst seit sein letztes Drama "Die Kabinettlerin" den Einzug von der Berliner Hofbühne aus über alle deutschen Bühnen antwortet, ist eine friedliche Wendung eingetreten.

Widerbruch, der in Behandlung des Professors Dr. Eilenberg stand, ging vor einigen Tagen noch im Tiergarten spazieren. Am Tobestage vormittags nahm er ein Bad und spielte noch eine Partie Billard. Kurz darauf brach er demotus zusammen. Der Tobestamp dauerte eine halbe Stunde. Sein Bruder ist bereits in Berlin anwesend, seine Schwester Gräfin Vork wurde, wie auch der Kaiser, sofort benachrichtigt. Die Leiche soll nach Weimar überführt werden, an die Stätte, die Widerbruch so sehr liebte, wo er wirkte, an der er mit Leib und Seele hing, und die ihm noch so viele Entschlafenen brachte. Auf der Höhe des alten Friedhofes will er bestattet sein.

anheim, Vorschriften in sanitärer und hygienischer Beziehung zu erlassen. Den Unternehmern wird die Registrierpflicht der bei ihnen beschäftigten Heimarbeiter aufgetragen, ebenso wird die Führung von Lohnbüchern vorgeschrieben. Durch diese Vorkehrungen soll den Heimarbeitern über die Lebensverhältnisse der Heimarbeiter zu erhalten, die die Grundlage für weitere sozialpolitischen Maßnahmen zugunsten der Heimarbeiter bilden soll.

Die Adresse des deutschen Geschäftsträgers Liberia.

Die Londoner "Times" meldet vom 16. Jan. aus Tanger: Die französischen Beamten, die mit dem nunmehr wegen Gesundheitsrücktritts zurücktretenden deutschen Geschäftsträger Lüderitz seit dem Zwischenfall von Calabanza durchaus taktvolle Beziehungen unterhalten, haben dem Diplomaten bei ihrem Schiedens ihre Sympathie bekundet. Alle Offiziere, mit einem Vertreter des Generals Lamabon an der Spitze, hatten sich bei seiner Abfahrt eingefunden. Er wurde durch eine Schuppe an Bord eines französischen Kreuzers gebracht, dem man ihm zunächst für die Reise zur Verfügung gestellt hatte.

Revolutionsjournalisten.

Vor einigen Tagen wurden, wie berichtet, in Berlin zwei Personen verhaftet, die sich der verurteilten Erpressung gegen einen oberhessischen Magnaten schuldig gemacht hatten. Sie hatten mit Veröffentlichung eines die Ehre seines Aristokraten beschimpfenden Artikels gedroht, falls er nicht eine bestimmte Summe bezahle. Der Bedrohte war flug genug, zwei Kriminaloffiziere zu ungeliebten Zeugen des Erpressungsversuches zu machen, so daß die Verhaftung möglich war. Dieser Vorfall hat eine Bedeutung, die weit über die einer gemöhnlichen verurteilten Nachricht hinausgeht. In ganz bedeutlicher Weise haben sich in den letzten Jahren die Fälle vermehrt, in denen Erpressung ganz systematisch durch die Revolutionäre ausgeübt wird. In unendlich wenigen Fällen gelingt es, den Verurteilten zur Erpressung zu führen, meistens weilt die Leute, an denen die Erpressung verübt oder peribit wurde, sich scheuen, eine Strafanzeige zu erstatten.

Diese Unternehmungen sind außerordentlich gewinnbringend, denn entweder zahlt der Erpreßte — und dann ist der Gewinn ohne weiteres klar — oder er zahlt noch nicht, und sodann wird der Artikel in sensationeller Aufmachung und mit Eindringen in wahre oder entstellte Familienverhältnisse dem Publikum serviert, das sich aus Sensationslust die Zeitung in Massen kauft. So oder so bringt die Sache Gewinn. Es handelt sich hier um einen Uebelstand, der insbesondere die Presse angeht und zu dessen Beseitigung die "Kön. St." einige Vorschläge macht, die vielleicht nicht von der Hand zu weisen sind. "Edon jetzt", sagt sie, "gibt es eine Erpressung, für welche die §§ 254 und 255 eine härtere Strafe vorsehen, als für die Erpressung durch Bedrohung mit Brandstiftung oder durch Anwendung von Gewalt verübt wird. Man könnte im Interesse der Presse gar nichts dagegen haben, wenn eine gleiche oder ähnliche Strafverurteilung gegen solche Personen vorgelesen würde, die mit den Mitteln der Druckerpresse arbeiten. Und noch ein Wunsch sei bei dieser Gelegenheit vorgebracht, daß nämlich auf Antrag des Verurteilten Teiles der Öffentlichkeit beim Verfahren ausgeschlossen werden könnte. Die Furcht vor der Strafanzüge, die im wesentlichen in der öffentlichen Behandlung peinlicher Vorgänge aus dem Privatleben liegt, würde nachlassen, die Zahl der Strafanzeigen würde sich mehren und die Zahl der Erpressungen würde abnehmen."

Caftro und der venezuelische Korrespondenz in Berlin.

D. Wie die "Berliner Universal-Korrespondenz" hört, dürfte in nächster Zeit der venezuelische Geschäftsträger in Berlin, Veloz-Gottica, von seiner Regierung abberufen werden. Veloz ist ein persönlicher Anhänger des Erzprinzen und hat sich das Amtvergeben in Venezuela die Partei Caftros nicht verfallen. Er vertrat sein Land früher in Washington. Den Posten eines Geschäftsträgers Venezuelas in Berlin hat Veloz erst seit einigen Monaten inne.

Die Befreiung eines deutschen Handelsdampfers.

Wie gestern bereits telegraphisch mitgeteilt wurde, hat sich an der Küste des Negersfreistaates Liberia ein eigentümlicher Zwischenfall abgespielt. Das liberianische Zollkanonenboot "Lark" hat vor Anker einen deutschen, zur Westermann Linie gehörigen Dampfer beschossen. Während deutsche Nachrichten über die Angelegenheit nicht anzusehen, liegt aus England folgende Meldung vor, woraus als wichtigstes zu entnehmen ist, daß Kapitän und Besatzung des Kanonenboots britischer Nationalität sind:

Bombay, 15. Jan. Zu der Befreiung eines deutschen Dampfers durch das liberianische Kanonenboot "Lark" erzählt der Reutersche Bericht: Die "Lark" steht unter dem Kommando des Kapitäns Wagne von der britischen Flottenreserve. Die liberianischen Offiziere und das Maschinenpersonal sind ebenfalls britische Untertanen. Die "Lark" ist von der Regierung Liberias angekauft und im September 1908 ausgesandt worden, um den beständig zunehmenden Uebertretungen der Zollvorschriften Einhalt zu tun und zu verhindern, daß die liberianischen Häfen, die dem Weltmarkt nicht geöffnet sind, von Schiffen angefahren werden.

Der Negersfreistaat Liberia, der bei seiner Gründung in der Zeit von 1822/24 als Reichsstaat seiner Schwärze gedacht war, hat schon oft in recht unliebsamer Weise die Aufmerksamkeit auf sich gelenkt, und speziell die Vorkommnisse makte ihm einmal unter der Raubjagd der Regier leiden. Dunsal — es war vor einigen Jahren — wurde der an der liberianischen Küste gestrandete Dampfer "Kulu Kulu" nach Mißhandlung seiner Passagiere und Mannschaften von den Eingeborenen als Strandgut behandelt und vollkommen ausgeplündert; auch die Schiffskasse wurde von den Negern geraubt. In der letzten Zeit wurde der Name der Republik wieder anfänglich der falschen Meldung genannt, Deutschland und Amerika hätten geplant, die Unabhängigkeit Liberias gegenüber etwaigen Anzengelschaften anderer Länder zu garantieren.

Antischiffliche Professorenversammlung.

Aus Dresden wird uns geschrieben: Eine Protestversammlung der sächsischen Studenten gegen die schiffliche Uebergriffe in Prag beschloß, die Regierung zu erlöhen, an den sächsischen Hochschulen die Studierenden Tschechen vom Studium auszu-

schließen, bis Bürgschaften für die Sicherheit des deutschen Studententums geboten werden.

Auflösung einer dänischen Versammlung in Flensburg.

Ebenso wie am letzten Sonntag in Kattburg wurde eine von über 300 Mitgliedern des Dänischen Fortschrittvereins für Flensburg und Umgegend besuchte Versammlung im Hotel "Nordischer Hof" in Flensburg polizeilich aufgelöst, nachdem der überwachende Polizeikommissar den Leiter der Versammlung Redakteur Christensen, vergeblich aufgefordert hatte, deutsch zu sprechen. Christensen brachte in dänischer Sprache eine Protestresolution zur Versammlung, die einstimmig angenommen wurde. Als die Versammelten dann ein dänisches Lied anstimmten, erfolgte die Auflösung. Die Versammlung quittierte mit lauten Huiwufen. Der Gauwirt Gregersen in Fjoresloe, der der vom Amtsvorsteher ausgesessenen Versammlung in Kattburg beigewohnt hatte, erhielt vom Landrat die Aufforderung, seine Ämter als Stellvertreter des Amtsvorstehers und als Standesbeamter sofort niederzulegen. Gregersen, der bereits sein Amt als Gemeindevorsteher freiwillig niedergelegt, hat sich jetzt auch von seinen weiteren Amtspflichten entbinden lassen.

Parlamentarisches.

Der Ausbau des Interpellationsrechts.

Die erweiterte Geschäftsordnungscommission beschloß sich zurzeit mit den Anträgen, die als Niederschlag der Novemberdebatten zu betrachten sind. Von national-liberaler Seite sind dabei folgende Änderungsanträge zu den Anträgen betreffend Ueberänderung der Geschäftsordnung gestellt worden:

Die Kommission wolle beschließen:

§ 32. Interpellationen an den Bundesrat müssen, bestimmt formuliert und von 30 Mitgliedern unterzeichnet, dem Präsidenten des Reichstages überreicht werden, welcher sie dem Reichstagspräsidenten schriftlich mitteilt und diesen in der auf den Tag der Einbringung der Interpellation folgenden Sitzung des Reichstages zur Erklärung darüber auffordert, ob und wann er die Interpellation beantworten werde. Erklärt der Reichstagspräsident sich zur Beantwortung bereit, so erhält an dem von ihm bestimmten Tage der Interpellant das Wort zur Begründung der Interpellation.

§ 33. An die Beantwortung der Interpellationen oder deren Ablehnung darf sich eine sofortige Befragung des Gegenstandes derselben anschließen, wenn mindestens 50 Mitglieder darauf antragen.

Falls der Reichstagspräsident eine bestimmte Erklärung, ob und wann er die Interpellation beantworten wolle, nicht erteilt, oder die Frist bis zur Beantwortung bei Interpellationen, welche Fragen der auswärtigen Politik betreffen, auf mehr als vier Wochen, bei anderen Interpellationen auf mehr als zwei Wochen vom Tag ihrer Einbringung an gerechnet, bemitt, so beschließt der Reichstag, ob und wann er eine Befragung des Gegenstandes der Interpellation vornehmen will. Diese Beschlußfassung hat in einer der nächsten drei Sitzungen und ohne vorherige Diskussion zu erfolgen.

§ 33a. Bei der Befragung von Interpellationen dürfen Entwürfe, welche keine Gegenstände enthalten, eingebracht werden. Sie müssen von mindestens 30 Mitgliedern unterzeichnet sein. Falls gegen die Zulässigkeit der Stellung von Anträgen Widerspruch von mindestens 30 Mitgliedern erhoben wird, beschließt darüber der Reichstag sofort ohne vorherige Diskussion.

Die Abstimmung über die vorliegenden Anträge muß verlegt werden, falls bis zum Schluß der Diskussion ein besonderer Antrag hierauf gestellt und von mindestens 30 Mitgliedern unterzeichnet wird. Die Abstimmung erfolgt alsdann in einer der nächsten drei Sitzungen ohne weitere Diskussion.

§ 33b. Die Mitglieder des Reichstages können Anfragen tatsächlicher Art an den Bundesrat über Angelegenheiten der inneren und auswärtigen Politik richten. Die Verhandlungen in einer Kommission dürfen nicht zum Gegenstand von Anfragen gemacht werden. Die Anfragen müssen von mindestens 15 Mitgliedern unterzeichnet sein und sind beim Präsidenten des Reichstages einzureichen.

Parteinachrichten.

Die Konservativen und die Lehrer.

Die "Liberale Post" schreibt den konservativen Landtagsabgeordneten, die sich so oft mit ihrer Lehrerfreundschaft brüsten, folgendes ins Stammbuch:

Was geschah nun in den Kommissionsverhandlungen des Abgeordnetenhaus?

1. Die Freireisigen forderten ein Grundgehalt von 1500 Mark, aber — die Konservativen stimmten dagegen.
2. Eine Forderung der Konservativen, die Alterszulagen auf 8 mal 300 Mk. festzusetzen, ließ sie laut kommen.
3. Die Freireisigen forderten 4 mal 300 Mk., 1 mal 250 Mk. und 4 mal 200 Mk. Alterszulage, aber — der Antrag fand keine Gnade im "Lehrerfreundschaft" der konservativen Parteien.
4. Angenommen wurde in der ersten Kommissionsberatung dann der Antrag der Freireisigen, die Alterszulage auf 4 mal 250 und 5 mal 200 Mk. festzusetzen, aber — die Konservativen stimmten auch gegen diesen Antrag.
5. Die Freireisigen wollten den Kirchendienst mit 500 Mk. honorar wissen; die Konservativen brachten auch diesen Antrag zu Fall.
6. Die Freireisigen forderten die Abtrennung der niederen Küstendienste vom Lehrerteam, aber — die Konservativen stimmten auch gegen diesen Antrag.
7. Die Freireisigen wollten eine höhere Anrechnung des Dienstenbes, des Brennmaterials und aller Naturalien gesetzlich verboten wissen; die Konservativen rissen diese Schranke zum Schaden "ihrer lieben Landbesitzer" nieder.

So sehen die konservativen Worte und so ihre Taten aus — zugunsten der Lehrer!

Aus den Kolonien.

Reiche Regenfälle in Südafrika.

Nachrichten aus der Kolonie zufolge ist es mit den letzten der Dürre, die in der Oambooland, im Bergamara-ferat und eigentümlich in der ganzen Kolonie Hungersnot im Gefolge gehabt hatten, vorüber, denn seit Anfang Dezember sind besonders im Hereroland sowie auch in dem Namib ausgiebige Landregen gefallen. Ein noch tüchtigere Farmer erleichtert wieder aufatmen konnten. Nach anderen in der "Deutschen Tageszeitung" veröffentlichten Mitteilungen ist der Himmelsergen gar reichlich gewesen, daß es an einigen Stellen nicht ohne Schäden abgegangen ist. B. B. soll auch die Orant-Eisenbahn zu seinen gehabt haben.

Feuer und Flotte.

Rauchfugeln als Signale.

Ein ganz eigenartiges Signalfystem hat die österreicherische Militärverwaltung in Bosnien-Herzegowina eingeführt. Jeder besetzte Posten, jedes kleine Fort ist mit einem sogenannten Rauchfugeln versehen. Dieser ermöglicht es, sowohl bei Tage wie des Nachts weit hin sichtbare Signale zu geben. Am Tage läßt man durch eine oben angebrachte Öffnung eine starke Rauchsäule in die Luft steigen und nachts ist der von unten beleuchtete Rauch auf große Entfernungen zu sehen. Der Ofen ist aus Stein und hat unten eine vieredrige Öffnung. In dieser befindet sich ein eiserner Rost, auf den die Kugel gelegt wird. Diese selbst besteht aus leicht entzündlichem Material und wird vor dem Gebrauch in eine bestimmte Lösung getaucht und dann mit Salpeter und Schwefel überzogen. Jede Kugel wiegt an 50 Pfund und brennt ungefähr eine Stunde. Das Feuerzeichen wird entzündet, sobald Gefahr im Anzuge ist. Der nächstliegende Posten muß dann sofort mit der Hälfte seiner Mannschaften dem bedrohten Punkt zur Hilfe eilen. Man hält diese primitive Art der Verständigung für sicherer als die telegraphische oder telephonische Verbindung, die alle Augenblicke durch räuberische Banden zerstückt wurde.

Ausland.

Die Orientkrisis.

Russische Enttäuschung.

Das Zustandekommen der Verständigung zwischen Oesterreich und der Türkei hat eine gängliche neue Lage geschaffen, mit der vor allem Rußland wenig einverstanden ist.

Die Meldung von der Verständigung hat in Petersburger Parlamentarierkreisen niedermettend gewirkt. Man hatte sich gehofft und geglaubt, daß die Sparte für ihre Anerkennung der Angliederung Bosniens und der Herzegovina von Oesterreich-Ungarn eine weit größere Summe und die Abtretung eines Gebietsstreifens an Serbien verlangen würde.

Der „Weltber“ meint wenig hoffnungslos, die Konferenz habe jetzt nur noch formale Fragen zu erledigen. Reine auf ihr vertretene Macht könne mit Aussicht auf Erfolg Rechte vertreten;

„Wien triumphiert und Berlin triumphiert“; sie haben einen großen Schritt in der Germanisation der Slawen vorwärts getan. Wenn man die Sache vom Standpunkt des internationalen Prestiges aus betrachtet, so hat die russische Gesellschaft ein solches Neujahrsgeld erhalten.“

Die „Komoje Bremeja“ schreibt dazu:

„Die 54 Millionen Kronen kann man mit dem Einkommen verglichen, für das Jakob Wehrenthal von Isaac Kamil Pascha sein Erbgebührenrecht zu erhalten wünscht. Die Türkei müßte auf einer Konferenz die Partei ihrer ehemaligen Untertanen ergreifen und für sie die Gewährung derselben politischen und bürgerlichen Rechte verlangen, die sie ihren eigenen Untertanen gewährt. Tue sie das nicht, so werde sie alles Ansehen bei den mazedonischen Slawen verlieren.“

In Serbien

ist man, wie aus nachstehender Depesche hervorgeht, auch ziemlich entmutigt und daher zu friedlicher Verständigung geneigt.

Paris, 16. Jan. Der „Matin“ meldet aus Belgrad: Der Minister des Neuherrn Milanowitsch erklärte in einer Unterredung, daß das Entgegenkommen Oesterreichs gegenüber der Türkei die Vermutung zulasse, daß auch eine befriedigende Verständigung der serbischen Interessen österröcher-

seits erfolgen werde. Was den serbischen Standpunkt anlangt, so bleibe dieser unverändert.

Die bisherige Regierung beharrt also, wie zu erwarten war, auf ihrem Standpunkt und mühte sich daher zum Rücktritt entschließen. Die folgende Drahtmeldung berichtet über die

Demission des serbischen Kabinetts.

Belgrad, 16. Jan. Das Kabinet hat demissioniert. An Stelle des Kabinettschefs wird wahrscheinlich Stejan Pratinoff oder Dr. Patsch treten. Man beabsichtigt, wieder ein Kabinetts aus Alt- und Jungliberalen zu bilden.

Die Anerkennung Bulgariens als Königreich.

Wie die „Saale-Ztg.“ hört, wird nunmehr, nachdem zwischen Oesterreich-Ungarn und der Türkei eine Einigung bezüglich Bosniens und der Herzegovina erzielt wurde, auch der Frage der Anerkennung der Unabhängigkeit Bulgariens von den europäischen Mächten nachgegangen. Eine Balkankonferenz wird mehr und mehr als unwahrscheinlich erachtet, da der Hauptstreitpunkt, die Annexion Bosniens und der Herzegovina, durch direkte Verhandlungen der Beteiligten aus der Welt geschafft ist. Die bulgarische Regierung hat kürzlich vertraulich in Wien angefragt, wie sich Oesterreich-Ungarn zur Anerkennung der bulgarischen Unabhängigkeit stellt, worauf der Sekretär des v. Müller Bulgarien auf den Weg der direkten Verhandlungen mit der Türkei verwies, und als Voraussetzung der internationalen Anerkennung des Königreichs Bulgarien die Austragung der finanziellen Differenzen zwischen der Türkei und Bulgarien bezeichnet. Die Türkei verlangt bekanntlich eine Kapitalisierung des ostrumelischen Tributs und eine hinreichende Entschädigung für die willkürliche Beschlagnahme der ostrumelischen Eisenbahnen. Gleichzeitig wurde dem diplomatischen Agenten Bulgariens angeboten, daß eine bulgarische Anleihe, die zur Befriedigung der Türkei nötig wäre, in Oesterreich-Ungarn unter günstigen Bedingungen platziert werden könnte.

Bulgarien wird in aller nächster Zeit der Sparte neuerliche finanzielle Vorstöße unterbreiten. Solange die Türkei ihre Zustimmung zur Unabhängigkeitserklärung Bulgariens nicht gibt, steht die Trimonner Proklamation des Fürsten nur auf dem Papier. Die Geladenen der europäischen Mächte in Sofia verkehren immer noch nur mit der Bundesherren wie immer mit „Königliche Hoheit“ an. In Bulgarien hofft man bestimmt, daß Oesterreich-Ungarn die Anerkennung Bulgariens bestimmt aussprechen wird, wenn die Türkei finanziell bereit ist. Der Fürst plant, wenn die europäische Anerkennung erfolgt ist, eine Rundreise an die europäischen Höfe und wird voraussichtlich auch in Berlin offiziell empfangen werden.

Des weiteren wird gemeldet:

Wien, 16. Jan. Der bulgarische Minister Tokow, der einige Tage in Wien verweilte, hat sich von hier nach der Schweiz und Paris begeben. Man bringt seine Mission mit einer Finanzoperation in Verbindung, die bestimmt sein soll, den Friedensschluß mit der Türkei zu befestigen.

Marokko in der französischen Deputiertenkammer.

Die langwierige Antwort des Ministeriums Clemenceau auf die Interpellation betreffend Marokko ist endlich — wenn auch in recht dürftiger Weise — erfolgt. Veranlaßt durch die belästigenden Aufforderungen des Sozialistenführers Faures gab der Minister des Neuherrn, Pichon, einige Erklärungen ab und hatte die Genehmigung, ein Verlesensprotokoll der Kammer zu erhalten. Nachstehendes Telegamm berichtet über den Verlauf der Sitzung:

Paris, 16. Jan. Bei der gestrigen Verhandlung in der Deputiertenkammer über die französische Marokkopolitik besprach sich Pichon auf das Staatsinteresse, indem er die Verlesung des vom General Liautey verfaßten Berichts über Frankreichs fernere Absichten in Marokko vorweigerde. Der Bericht enthält, wie Pichon bemerkte, gewisse Einzelheiten, die dem Ausland zurzeit nicht zu kennen brauche. Immerhin versprach der Minister, einige Aufklärungen zu geben, um die neuen Marokkotreiber zu redifizieren.

Die Kammer erklärte sich wie immer in ausmütigen Fragen mit Pichons Haltung einverstanden. Man hatte aber bei dem Sitzungschluß doch den Eindruck, daß die Bevölkerung für das Kabinetts Clemenceau nur mehr bei einem

geringen Teile der radikalen Mehrheit vorhält, und daß die Gegner von rechts und links sich auf bewegte Tage vorbereiten.

Quansichais Entlassung.

Die plötzliche Entfernung des chinesischen Großwürdenträgers, über die man anscheinend schon zur Tagesordnung übergegangen war, bildet nun doch noch den Gegenstand eines Protestes Amerikas und Englands. Hierzu wird gemeldet:

Peking, 16. Jan. Der englische und der amerikanische Gesandte erhoben beim Vizingen Tsching Fortstellungen wegen der Entlassung Quansichais. Dieses Vorgehen erfolgte unabhängig von den anderen Mitgliedern des diplomatischen Korps. Die hierigen Diplomaten sind über die Frage geteilter Ansicht; es heißt, der österreichisch-ungarische Gesandte unterstütze die britisch-amerikanische Aktion.

Sportnachrichten.

1200 000 Franken für Luftschiffer-Preise beschloß bekanntlich die Federation Aeronautique Internationale auf ihrem in London abgehaltenen Kongreß auszuheben. Die Summe soll folgendermaßen verteilt werden: Ein goldener Herausforderungspokal im Wert von 10 000 Fr. für 10 Wettbewerben, 100 000 Fr. ausgesetzt werden, die in einem Zeitraum von 50 Jahren zum Auswurf kommen sollen, von denen je einer alle fünf Jahre ausgesetzt wird. Die Restsumme von 100 000 Fr. ist für einen Wettbewerb für transportable Ballonfahrten bestimmt. Der Fonds für diese Preisstiftung wird von den verschiedenen Vereinen in der Welt aufgebracht werden, daß Deutschland, Frankreich, England und die Vereinigten Staaten je 20 000 Fr., Belgien, Spanien, Italien und Oesterreich je 10 000 Fr. aufbringen. Wie auf dem Kongreß ferner beschlossen wurde, wird das erste Gordon-Bennett-Rennen für Flugmaschinen Ende August d. J. auf einem Rundweg von 5 bis 10 Kilometern ausgetragen werden. Die Kontrurten müssen mindestens 20 Km. in der Luft zurücklegen. Wenn mehrere Bewerber diese Bedingung erfüllen, wird der Preis demjenigen ausfallen, der die beste Zeit erzielt.

Zeppelin-Wettfahrten in Monte Carlo und Nizza. Die Wettfahrten von Monte Carlo sind mit Gesamtpreisen von 100 000 Fr., diejenigen von Nizza mit einem Betrag von 50 000 Fr. ausgestattet worden. Anmeldebedingungen folgender Herren liegen bis jetzt vor: Bourgeat, Antoninetti, Demanet, Delagrangue, Pierre Brugnot, Baron de Caux. Sider ist ferner die Teilnahme der Herren W. Wright und Bleriot.

Leitung Wilhelm Georg.

Verantwortlich für den politischen Teil Wilhelm Georg; für den lokalen Teil, für Brauereiangelegenheiten, Gericht und Sport: Eugen Brinmann; für das Feuilleton und Vermischtes: Paul Schaumburg; für den Handelsteil: Erwin Alexander-Kay; für den Anzerenteil: Friedrich Endrusat; Druck und Verlag von Otto Hendel. Sämtlich in Halle a. S.

Diese Nummer umfasst 16 Seiten. (Einschließlich „Blätter fürs Haus“.)

Man lese diesen sehr interessanten Brief!

Hannover, den 24. Mai 1908. Der Herrseit die Ehre! — Nach überandener schwerer Krankheit im 76. Lebensjahre für ich ein großer Reuepneumonie, wogegen ich viele der betagtesten Mittel ohne Erfolg angewandt habe. Ich griff dann zu Biolon und habe seit die Freude, nach Verbrauch des dritten Bafettes tägliche Fußgängen von 2-3 Stunden im Walde machen zu können, fühle mich nicht ermattet und habe gefunden tröstlichen Schlaf. Nach meiner und vieler anderer Ueberzeugung ist für Biolon nur das einzige Mittel, das für Altersschwäche großen Wert hat und empfehle ich dasselbe, wo ich kann. Zudem ist noch vielmals herzlich danke, zeichne Hochachtungsvoll G. Meyer, Stationsvorsteher, Jacobshöhe 61. Unterschrift beglaubigt: Hannover, den 28. Juni 1908. Der Völkert-Inspektor J. B. Bögner. Biolon ist anerkanntermaßen das beste und billigste blutbildende Nahrungsmittel für Schwache, Kranke, Kinder, ältere Leute usw., dessen belebende, ersetzende Wirk und sich schon nach wenigen Tagen bemerkbar macht. Erhältlich ¼ Fl. 3 Fl., für einige Wochen ausreichend, in Apotheken, Drogerien usw.

Der heutigen Gesamtauflage der Saale-Zeitung liegt ein Loterie-Prospekt der Firma F. W. Peters, Hamburg 21, bei, auf den hier besonders aufmerksam gemacht sei.

Grosser Räumungs- und Ausverkauf!

Wir überbieten nach wie vor alles!

Geschäftshaus

J. Lewin

Halle a. S., Marktplatz 2 u. 3.

Größtes Kaufhaus der Provinz Sachsen.




